

2014-02-27

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 14.01.2014

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**  
Trocha, Harald  
Gebhardt, Roland

anwesend bis TOP 6.1.1

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Krüger, Otto-Harald

anwesend ab TOP 5.3 (16:40 Uhr)

**Fraktion der SPD**  
Hartmann, Robert

anwesend bis TOP 6.1.1  
Vertretung für Herrn Laue

**Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**  
Giese-Rehm, Stefan

Vertretung für Herrn Busch

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**  
Otto, Hans-Georg

anwesend ab TOP 5.4 (16:45 Uhr)

**Fraktion der FDP**  
Neubert, Jürgen Dr.

**Fraktion NEUES FORUM**  
Hofmeister, Dirk

Siehe Anwesenheitsliste vom 14.01.2014 (Anlage)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie – mit aktuell 7 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, der **Antrag** gestellt, den Tagesordnungspunkt 5.8 „Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Walter-Gropius-Gymnasium“ (BV/308/2013/CDU) von der Tagesordnung zu nehmen und die Beschlussvorlage in der nächsten Ausschusssitzung zu behandeln. Ziel ist eine inhaltliche Untersetzung der Vorlage bis zur nächsten Sitzung mittels Vorstellung einer PowerPointPräsentation. Einwände wurden seitens des Gremiums nicht geäußert. Der Antrag wurde ohne Gegenstimme bestätigt.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden nicht vorgebracht, so dass die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

**7 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde geändert einstimmig bestätigt.

### 3. **Genehmigung der Niederschrift vom 26.11.2013**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 26.11.2013 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

**5 : 0 : 2**

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

### 4. **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 26.11.2013 ausgereichten Informationen:

*Vergabe von Bauleistungen*

*Vergabe-Nr.: 87/2013 DE-RO*

*Nebenanlagen Albrechtstraße zwischen BÜ Wörlitzer Eisenbahn und Albrechtstraße Nr.*

66/53 Straßenbau; Straßenbegleitgrün  
Vorlage: BV/344/2013/VI-66

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## 5. Öffentliche Beschlussfassungen

### 5.1. Abweichung von der Bindung des 3. BA „Infrastrukturmaßnahmen im Bio-PharmaPark Dessau“ an den Bebauungsplan Nr. 168 B "Pharmastandort Rodleben-Tornau" Vorlage: BV/340/2013/VI-61

Einführend informierte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass die Grundsatzbeschlüsse zu dem Infrastrukturprojekt BioPharmaPark im letzten Herbst vom Stadtrat gefasst worden sind. Im Zuge der Weiterentwicklung der Ausführungsplanung haben sich Abweichungen für einzelne Bauabschnitte in Bezug zum rechtskräftigen Bebauungsplan ergeben. Um kein aufwendiges Änderungsverfahren zu führen, gibt der Gesetzgeber mit dem § 125 BauGB die Möglichkeit, Abweichungen der Entwicklungsmaßnahmen zuzulassen. Der Ortschaftsrat Rodleben stimmte mit 5/0/0 zu.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 5.2. Abweichung von der Gestaltungssatzung für einen Teil des Sanierungsgebietes Dessau-Nord Vorlage: BV/362/2013/VI-61

Die Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, ob der Gestaltungsbeirat beteiligt wurde, wurde von **Frau Jahn, Leiterein des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, bejaht.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 5.3. Aufstellungsbeschluss 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum" Vorlage: BV/377/2013/VI-61

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

#### **5.4. Befreiung von der örtlichen Bauvorschrift (Festsetzung Nr. 7 und 8) des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 "Shopping- und Dienstleistungszentrum Franzstraße/Askanische Straße"** **Vorlage: BV/341/2013/VI-61**

Einführend verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die bereits erfolgte Behandlung der Beschlussvorlage in der Sitzung am 26.11.2013. Die Unstimmigkeiten wurden nun behoben.

Abschließend stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich ungeändert bestätigt.

#### **5.5. Umgestaltung Kavalierstraße** **Vorlage: BV/384/2013/VI-66**

Einführend berichtete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass nach der Konzeptplanung die Offenlegung der Planung erfolgt sei. Für und Wider der eingegangenen Stellungnahmen sind in der Abwägung dargestellt. Um die Balance zwischen den Projekten Kavalierstraße und Ausstellungszentrum zu halten, erfolge in der weiteren Planung eine Synchronisierung. Hierzu gebe es eine ganze Menge Gespräche sowie Festlegungen, wer an diesen Gesprächen teilnehmen werde.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, informierte fortführend, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage die Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen und zu den im Rahmen des Bürgerforums am 17.04.2013 sowie im Beirat für Stadtgestaltung gegebenen Hinweise bestätigt werden. Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit war die Konzeptplanung, die im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt im Januar 2013 bestätigt und freigegeben wurde. Im Ergebnis konnten eine positive Resonanz und konstruktive Hinweise verzeichnet werden.

Mit der parallel am 13.11.2013 im Stadtrat gefällten Grundsatzentscheidung sei die weiter zu verfolgende Arbeitsrichtung die Aufstellung der Vorplanung in 2014 auf der Basis der Konzeption für den 1. Bauabschnitt zwischen Friedrichstraße und Friedrich-Naumann-Straße. Hierbei sei die Synchronisierung mit der Planung zum Ausstellungszentrum eine klare Aufgabe. Ein enger Kontakt mit dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege sowie der Stiftung Bauhaus erfolge hierzu.

Maßgeblicher Termin für einen gemeinsamen Workshop sei Ende April bzw. Anfang Mai. Bauabschnitte und Zeiträume der Realisierung sind erst in Abhängigkeit der Ergebnisse und Bewertung von Vorplanung und der verkehrstechnischen Untersuchung festzulegen.

Fortführend erläutert **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass dem Bauhausbeauftragten jemanden aus dem Dezernat für Wirtschaft und

Stadtentwicklung beigelegt werden solle, um Schnittstellen und Tempoverluste zu verringern und einen schnellen Informationsfluss für das Dezernat zu sichern.

Die Aufgabe werde innerhalb des Dezernates vorerst von Herrn Schmieder wahrgenommen. Auf Grund des komplexen Projektes habe man sich darauf verständigt, einen Projektsteuerer auszuschreiben. Für Ausschreibung und Einstellung benötige man mindestens 3-4 Monate Zeit. Bis dahin habe man die Interimslösung. Im Gesamtkontext habe das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege die Federführung inne.

Transparenz müsse auf Grund der Komplexität des Vorhabens gewährleistet werden, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Die Entwicklung dieses Abschnittes sei maßgeblich für diese Stadt. Er wünsche sich, dass diese Thematik als fester Bestandteil der Berichterstattung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt aufgenommen werde.

Hierzu entgegnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Information der Stadträte eine Pflichtaufgabe der Verwaltung sei. Die Einzelhändler werden immer wieder aufgerufen, auf die Planung zu schauen. Konsens mit der Händlerschaft sei ganz wichtig. Insofern sollen die Händler und auch die Bürger mit in die Entscheidungen einbezogen werden. Es sei vorgesehen, zu bestimmten Meilensteinen auch wieder zu einem Bürgerforum einzuladen.

In Bezug auf das Schlagwort Projektsteuerer hinterfragte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, ob der Projektsteuerer die Rolle eines Moderators zwischen möglichen Interessengruppen innerhalb dieser Straßenlage übernehmen werde.

Diese Aufgabe sei im Grunde integriert. Weiterhin werde es eine weitere Aufgabe sein, die einzelnen Teilprojekte zu synchronisieren, zu steuern und sowohl nach außen als auch nach innen für die Stadtverwaltung zu wirken, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, würde es begrüßen, wenn es ähnlich wie im Stadtpark so hervorragend mit Moderatoren gehandhabt werde.

**Herr Trocha, Fraktion der CDU**, wies auf einen Schreibfehler in der Begründung der Beschlussvorlage auf der Seite 3 hin. Statt BV/279/2013/VI-66 müsse es BV/279/2012/VI-66 heißen. Weiterhin hinterfragte er, wann die Verkehrsuntersuchung geplant sei. Diese erfolge bereits, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Auf die Bezugnahme von **Herrn Trocha**, zur Diskussion zum Standort der Zentralhaltestelle der Straßenbahn verwies **Herr Hantusch** auf die beschlossene Konzeptplanung. Er sehe aber auch den Iterations- und Annäherungsprozess mit den Stadträten. Die Planung stehe in Abhängigkeit von der Position des Ausstellungszentrums.

Fortführend informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass die Situation noch mal geprüft wurde. Die einzelnen Argumente aus den Beschlüssen wurden mit dem aktuellen Standpunkt mit der DVG geprüft und abgestimmt. Die Zentralhaltestelle sei noch klar und deutlich favorisiert. Die Schaffung eines ÖPNV-Terminals stehe im direkten Zusammenhang mit der Verdrängung des Kfz-Verkehrs. Der ÖPNV solle gestärkt werden. Hierbei sind kurze Wege zwischen ÖPNV-Innenstadtverkehr und Zielen in der Innenstadt, Verbesserung der Zugangsbedingungen, Barrierefreiheit etc. entscheidend.

Die Verwaltung reagiere auf die Meinungen und Haltungen der Stadträte, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, weiter. Er habe aber immer wieder vernommen, dass Dessau-Roßlau die Stadt des Fahrrades sei und der ÖPNV gestärkt werden solle. Dies sei auch so in die Konzeptplanung eingeflossen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, argumentierte, dass solch eine Diskussion mit der DVG und den Stadträten zusammen hätte erfolgen können. So wären Argumente nachvollziehbar und im Umkehrschluss hätten Argumente eingebracht werden können. Das Thema sei zu komplex, um es nur nebenbei zu erörtern. Es gebe Stellungnahmen, die bezüglich der Planung Probleme aufzeigen. Die Problematik sei ein Thema für eine separate Sitzung.

Auf die Bitte von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst in Bezug auf Flucht- und Rettungswege mit einzubeziehen, reflektierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass dieses Amt immer automatisch mit beteiligt werde.

Fragen, die auftreten, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sollen mit in die nächste Beratung einfließen.

Um den Prozess besser mit den Stadträten abzustimmen schlug **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, abschließend vor, dass hierzu im Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung interne Überlegungen getroffen werden. Die Äußerungen von Herrn Otto werden aufgegriffen und eventuell eine Klausur mit den Stadträten vorbereitet. Es werde Konsens gebraucht.

In diesem Prozess werde es immer Interventionen, Nachfragen und Diskussionen geben, führte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, aus. Der Stadtrat habe diesen Weg mehrheitlich beschlossen. Alles was sich an Fragen und Schnittstellen ergebe, könne eingebracht werden. Aber er habe auch die Bitte, dass Mehrheitsbeschlüsse akzeptiert werden. Wenn es Änderungsbedarf gebe, sind Änderungsanträge zu stellen. Jeder Einwand und Kritik sei legitim.

Abschließend stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**5 : 0 : 4**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.

#### **5.6. Grundsatzbeschluss zum Investitionsbedarf bei Ingenieurbauwerken Vorlage: BV/379/2013/VI-66**

Einführend berichtete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, über die Beweggründe der Einbringung dieser Vorlage. Ihm sei es wichtig, diesen Grundsatzbeschluss herbeizuführen. Auf Grund der Kenntnis, dass die Stadt einige Brücken und Bauwerke in schlechten Bauzuständen habe, sei eine Auflistung dieser notwendig, um zu sehen, in welcher Qualität sich diese Bauwerke befinden und wann Handlungsbedarf bestehe. Hintergrund sind die finanziellen Mittel, die jetzt und mittelfristig kaum noch zur Verfügung stehen. Eine langfristige Planung sei unumgänglich, um entsprechende Mittel einzutakten. Mit Verweis auf die Seite 3 der Beschlussvorlage nahm **Herr Hantusch** Bezug auf die DHW-Brücke, welche sehr marode sei. Erfolgreich könne er hierzu berichten, dass man den vorzeitigen Maßnahmebeginn für den Neubau erhalten habe und nun die Fortführung der Planung und anschließend die Umsetzung erfolgen können.

Weiterhin sei die Zerbster Brücke zu benennen, welche nur noch einspurig befahren werden solle. Bereits jetzt entstehe schon ein erheblicher Rückstau. Eine besondere Bedeutung kommt aber auch der Vorflutbrücke Diepold zu, so **Herr Hantusch**. Eine frühzeitige Information und Einbeziehung der Stadträte befand er als äußerst wichtig.

Es sei positiv herauszustellen, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass eine frühzeitige Erkennung von bestehenden Handlungsschwerpunkten erfolge. Diese Übersicht müsse aktuell gehalten und fortgeschrieben werden, da sich Prioritäten und Zustände ändern können. Abschließend dankte er für die Zuarbeit und den Überblick über die Gesamtbauwerke.

Auf die Nachfragen von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, was Kreuzungsbedingte Kosten seien und welche die Stadt zu tragen habe, informierte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass bei Bauwerken wie z. B. Zerbster Brücke, wo eine Brücke über eine Bahnanlage geführt werde, die DB AG nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz kostenanteilig an den Gesamtkosten zu beteiligen sei. Die Übersicht der Kostenanteile ist in der Anlage 4 Nr. 3 der Beschlussvorlage dargestellt. Somit habe die DB AG einen Kostenanteil in Höhe von 2,3 Mio. € in Bezug zu den Gesamtkosten von 8,4 Mio. € zu tragen.

Zu Thema Eisenbahnunterführung Meinsdorf hinterfragte **Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, ob bei den kreuzungsbedingten Kosten nur die Erneuerung der jetzigen Situation oder auch eine Änderung berücksichtigt bzw. geplant sei. Die momentane Situation sei so, dass an der Straßendurchführung nur ein ganz schmaler Fuß- und Radweg auf der rechten Seite von Roßlau kommend vorhanden ist. Dies sei kein zumutbarer Zustand.

Hierzu informierte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass man sich derzeit in der Planung befinde. Über eine konkrete Veränderung könne sie im Moment nicht berichten. Eine Information könne nachgereicht werden. Dem stimmte **Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, zu und bat um Information zur Aufgabenstellung.

Zur Problematik Zerbster Brücke fragte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD** nach, ob das Projekt unabhängig von der Umgehungsstraße geplant sei. Dies wurde von **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bejaht.

Abschließend stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

#### **5.7. Teilnahme am European Energy Award Vorlage: BV/376/2013/VI-83**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, führte ein, dass die Stadt in diesem Sektor erhebliche Fortschritte gemacht habe und es legitim sei, sich daran zu beteiligen.

Zur Thematik Einführung des europäischen Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystems European Energy Award führte **Frau Dr. Kessler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, ausführlich aus. Dieses Programm sei in der Schweiz entwickelt worden und kann nur von Kommunen genutzt werden. In Sachsen haben ca. 50 Gemeinden diese Zertifizierung und Auszeichnung erhalten. Alle Klimaschutzaktivitäten werden analysiert und gewürdigt. Die Gesamtkosten für Dessau-Roßlau betragen 23.000 €. Die Auszeichnung werde vergeben, wenn 50 % der möglichen Punkte erreicht werden. Bei Erreichung von 75 % erhalte man die Auszeichnung in Gold. Als Beispielstadt sei hier die Stadt Delitzsch zu benennen, die die Auszeichnung auf Anhieb bekommen habe.

Eine Überprüfung der Bewertung erfolge durch einen akkreditierten Auditor, so **Frau Dr. Kegler** weiter. Der Kriterienkatalog sei weit gefächert (Entwicklungsplanung, Raumordnung, Klimaschutzstrategie, kommunale Energieplanung, kommunale Verkehrsplanung etc.). Dessau-Roßlau könne all dies vorweisen jedoch keinen Katalog mit den entsprechenden Maßnahmen. Ein Austausch mit Delitzsch sei erfolgt. Im Ergebnis könne man feststellen, dass Dessau-Roßlau sehr gut aufgestellt sei. Das zu berufene Energieteam werde diesen Maßnahmenkatalog erstellen und solle aus Mitarbeitern vieler Bereiche der Verwaltung, der DVV sowie auch aus Mitgliedern der Fraktionen bestehen. Das Programm solle ein öffentlicher Prozess werden. Mit diesem Programm sei sehr viel Arbeit verbunden. Die Hauptlast liege bei der neuen Klimaschutzmanagerin, Frau Behrendt, welche bereits Erfahrungen mit der Zertifizierung in der Stadt Halle gemacht habe.

Nach dem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 1**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.

## **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

#### **6.1.1. Abstimmungsstand zum Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" (BV/346/2013/VI-61)**

Einführend erinnerte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, an seine Worte in der Schlussdebatte des letzten Stadtrates am 11.12.2013: - Lassen Sie es uns zeigen, dass wir es wollen und dass wir es können. - Abschließend erfolgte im Stadtrat eine Beschlussfassung, die der Oberbürgermeister widersprechen musste. Über die Feiertage wurden mögliche Termine mit der Stiftung Bauhaus Dessau organisiert. Der Zeitverzug sollte so gering wie möglich gehalten werden. Intensive Gespräche erfolgten mit Herrn Prof. Oswald wie auch mit dem Baubeauftragten innerhalb der Stiftung Bauhaus Dessau, Herrn Assmann, die zur Übereinstimmung führten. Es liege die Zustimmung zu einem Änderungsantrag zu diesem Beschluss vor.

**Herrn Hantusch** sei es wichtig, dass nach außen sichtbar gezeigt werde, dass die Stadt dieses Bauvorhaben will und alles unternehme, um dieses bis 2019 zu realisieren. Eine weitere Abstimmung erfolgte in der OB-Dienstberatung zum Umgang mit dem eingelegten Widerspruch. Man werde im Stadtrat den Vorschlag einbringen, diese Vorlage zu ergänzen und anhand eines Änderungsantrages die notwendigen Modifikationen herzustellen.

Weiterführend erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass, nachdem der Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus eindeutig den Standort Stadtpark festgelegt habe, der gesamte Baukörper noch nicht festgelegt sei. In einer nächsten Stufe werde es eine Zusammenkunft mit verschiedenen Planern geben, die sich diesen Standort noch mal genau anschauen. Einigung erfolgte in Bezug auf die Öffnung des Betrachtungsraumes, um den Gestaltern so viel Freiheitsgrad wie möglich zu geben. Das ODF-Denkmal sei mit einbezogen und könnte mit beplant werden. Man habe eine einmalige Chance, ein wunderbares Gebäude an diesen Standort zu setzen und damit erheblich die Straße und die Stadt aufzuwerten.

Veranschaulichend stellte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, den Geltungsbereich bis zum letzten Stadtrat und den nun im Änderungsantrag vorliegenden Geltungsbereich dar. Es war der Wunsch von Herrn Busch, dass keine weitere Bebauung im Stadtpark erfolge, wenn dort ein repräsentativer Bau gesetzt werde. Dies sei nicht gelungen, da im Dezember-Stadtrat die neue Grenze nicht eindeutig festgelegt worden war. Aus diesen Gründen habe man mit Herrn Oswald kommuniziert, um diese Grenze eindeutig festzulegen. Der neue Baubeauftragte brachte neue Ideen ein, so dass eine Verständigung zu dem genannten Workshop mit den Planern erfolgte. Hier solle das Baufeld festgelegt werden. Man habe nun den Geltungsbereich größer gefasst, so dass die Wegebeziehungen nördlich des Springbrunnens als Grenze angenommen wurden. Dies solle vorerst nur für den Vorentwurf gelten. Dieser Vorentwurf werde bis Mitte des Jahres erarbeitet. Im Rahmen der Vorplanung liege auch der bereits genannte Workshop. Die Ergebnisse des Workshops fließen in die weitere Bauleitplanung ein und sind Aufgabenstellung für den Wettbewerb. Sobald feststehe, wo das Baufeld liegen werde, können dann auch der Geltungsbereich kleiner gefasst werden. Die Untersuchung des Artenschutzes solle im Gesamtbereich ab März erfolgen.

Mit Bezug auf EUROPAN 10 erinnerte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, an die bereits gemachten Erfahrungen. Es gebe Ansätze, die das schon mal in Betracht gezogen haben.

Das ODF-Denkmal sei das erste, welches die Bürger in der Stadt nach dem Krieg etabliert haben. Dies sei mit einer hohen Sensibilität zu betrachten, so **Herr Schönemann**. Möglichkeiten der Integration in den Komplex oder eines anderen hochwertigeren Platzes gebe es. Hierzu werde es am Ende eine mehrheitliche Lösung geben, aber es sollte nicht politisch zerrissen werden.

Es gehe im Grunde um Stadtentwicklungssicht, Stadtbausicht und um die Gestaltung des Umfeldes, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Im Rahmen des Städtebaupreises der Stadt Dessau-Roßlau sei als ein sehr gutes Beispiel das Bauhaus selbst zu benennen. Die Umgebung sei dort so wunderbar zurückhaltend gestaltet, dass sie dem Gebäude selbst Passepartout biete. Diese müsse man auch mit dem Ausstellungszentrum erreichen.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kenne bisher nur Beschlusslagen, die die Bebauung der Stadtparkgrenze bis hin zum Springbrunnen wieder vorsehe und dabei sollte es auch bleiben. Den Aussagen von Frau Jahn entnehme er, dass die Tatsache geschaffen werden solle, dass eine weitere Bebauung nicht erfolgen solle, sondern die Kante solitär bleibe.

Hierzu verwies **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf genau diesen Inhalt, welcher Beschlusslage im Dezember war.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, entgegnete, dass Herr Busch das Gebiet nach Westen erweitert haben wollte, Richtung Y-Häuser. In der letzten Bauausschusssitzung wurde gesagt, dass der Geltungsbereich mit dem Bauhaus abgestimmt worden war. Im Nachhinein berichtete aber Herr Prof. Oswald, dass keine Abstimmungen stattgefunden haben. An dieser Stelle hinterfragte Herr Otto, wer denn nun Recht habe.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, stellte klar, dass Herr Prof. Oswald dieses Gebäude – wie das Bauhaus - als einen sogenannten Diamanten in den Stadtpark setzen möchte.

**Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wies Herrn Otto darauf hin, dass er in dem Änderungsantrag nicht lesen werde, dass die Stadt von der gesamten Bebauung des Restes Abstand nehmen werde, sondern Frau Jahn habe das

Zentrenkonzept erwähnt. 2009 habe der Stadtrat das Zentrenkonzept mit einer Ausweisung einer Stadtparkkantenbebauung für großflächigen Einzelhandel im Sinne einer Vorhaltefläche beschlossen. Diese Bindungswirkung stehe konträr zu den Zielen des Bebauungsplanverfahrens. Genau dies solle aufgehoben werden, um eine Klarstellung zu erzeugen.

Eine vorherige Verteilung des Änderungstextes wäre hilfreich gewesen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Heute erfolge hierzu kein Beschluss sondern erst im Stadtrat, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Man müsse erst mal die Planung abwarten und Freiheitsgrade darstellen. Die Ergebnisse des Workshops werden dann anhand einer Vorlage in die Gremien eingebracht.

Nachdem **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, den Beschlusspunkt 4 vorgelesen hatte, verwies **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf den im Stadtrat zu behandelnden Widerspruch des Oberbürgermeisters. Die erfolgten Informationen sollten mit den Unterlagen für den Stadtrat mit ausgereicht werden. Diese Vorgehensweise wurde von **Frau Jahn** bestätigt.

Die Diskussion fortführend sprach **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, 2 Dinge an. Es gab eine Zusage vom damaligen Wirtschaftsminister, dass die Stadt für ein Tagungs- und Veranstaltungszentrum aus Landesmitteln Geld zur Verfügung gestellt bekomme. Die Verwaltung sollte sich hierzu noch mal Gedanken machen, dies bei der Gebäudekonstellation mit zu betrachten. Über ein Tagungs- und Veranstaltungszentrum könnten zusätzliche Gelder akquiriert werden. Man müsste auf das Land und die Stiftung Bauhaus zugehen und dies klären.

Auf die Nachfrage von **Herrn Otto** zu den erfolgten Abstimmungen mit Herrn Prof. Oswalt legte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dar, dass man den Geltungsbereich aus den Planungen der Stiftung Bauhaus Dessau entnommen habe. Dies wurde der Stiftung auch zur Verfügung gestellt, sodass die Stiftung Bauhaus Dessau Kenntnis davon hatte. Sie habe diese sogar weiter publiziert. Man sei von dem vorliegen der Zustimmung ausgegangen, da kein Widerspruch erfolgte. Um keine Zeitverluste entstehen zu lassen, wurde die Beschlussvorlage im Dezember auf dem Weg gebracht.

Abschließend einigten sich die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, dass auf der Beschlussvorlage, die für den Stadtrat ausgereicht wird, *mündlich im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zur Kenntnis genommen* notiert werde.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **6.1.2. Informationen zum Stand "sachlicher Teilplan Daseinsvorsorge - Ausweisung von Grundzentren in der Planungsregion ABI-WB"**

Zur Thematik Teilplan Daseinsvorsorge der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg erinnerte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, an die Diskussion zur Ausweisung von Roßlau als Grundzentrum. Es erfolgte der Beschluss, Roßlau als Ort mit besonderer Bedeutung für die Versorgung im ländlichen Raum auszuweisen. Dies trage die obere Landesplanungsbehörde aber nicht mit. Daher erfolgte Anfang Dezember ein Termin im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, bei dem u. a. der Oberbürgermeister, Herr Schönemann und Herr Dr. Weber teilnahmen. Konsens wurde erzielt und bestehe dahingehend, dass eine Akzeptanz der Unterversorgung von 0,8 % der Bevölkerung, die sich nördlich von Roßlau befindet, erfolge. Eine Prüfung sei in der Verwaltung erfolgt. Die Verwaltung habe hierzu einen Brief vorbereitet und heute an die Mitglieder des Ausschusses verteilt. Roßlau solle weder als Grundzentrum noch als Ort mit beson-

derer Bedeutung ausgewiesen werden. Roßlau gehöre zum Oberzentrum von Dessau, aber nicht raumordnerisch.

Auf die Nachfrage von **Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, welche Auswirkungen dies für Roßlau habe, legte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dar, dass Roßlau kein zentraler Ort aber Bestandteil des Oberzentrums sei. Eine Ausweisung als Grundzentrum erfolge nicht.

Roßlau bekomme keine gesonderten Fördermittel, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Das Land habe vorgeschlagen Roßlau als Grundzentrum auszuweisen, so **Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, und hinterfragte, warum man dieses Angebot vom Land nicht annehme.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, erklärte hierzu, dass dies Auswirkungen auf das Oberzentrum hätte und finanzielle Mittel gestrichen werden könnten.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, verwies auf die Information und Aufklärung der Landtagsabgeordneten.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

### 6.1.3. Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) - Informationen zum aktuellen Stand

Zur Thematik Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Ausschreibung jetzt wiederholt wurde und die Ergebnisse vorliegen. 50 Nebenangebote liegen vor und müssen sondiert und gewichtet werden. Es erfolge eine Prüfung mit Planer und Rechtsamt. Folgende Terminkette ergebe sich nun. Am 25.03.2014 (alt: 26.02.2014) erfolge der Beschluss zur Vergabe im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Am 09.04.2014 (alt: 17.03.2014) soll der Zuschlag für das Los 3 erteilt werden. Baubeginn des Loses 3 soll nun am 05.05.2014 (alt: 09.04.2014) erfolgen.

Ergänzend berichtete **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass im April der Baubeginn im Bereich der Erdarbeiten starte.

Eine weitere Verschiebung werde von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert, deklarierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und verwies auf die gebaute Bahnhofsbrücke, die sogar vorzeitig fertig gestellt werden konnte.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

### 6.1.4. Informationen zum Sachstand Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Zur Berichterstattung zum Sachstand Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass eine planmäßige Bearbeitung erfolge. Die

Offenlage werde Anfang/Mitte Mai erfolgen. Die Terminkette bleibe, wie in der letzten Sitzung dargestellt.

Zum Thema Wasserstadt/Deichscharte teilte **Herr Pfefferkorn** mit, dass die Realisierung der Deichscharte voraussichtlich 2015 erfolge. Die Höhen sind mit dem LHW abgestimmt. Die Genehmigungsplanung möchte das LHW noch im I. Quartal dieses Jahres erreichen.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **6.1.5. Informationen zu den Meisterhäusern**

Zur Thematik Meisterhäuser berichtete **Herr Bekierz, Leiter des Amts für zentrales Gebäudemanagement**, dass es keine Neuigkeiten zum Umgang mit den Nachträgen gebe. Schlussrechnung erfolge voraussichtlich im Februar. Zum Thema Verglasung erfolge ein heftiger Schriftwechsel. Hier erwarte man einen Rechtsstreit. Die Gläser seien fertig beschichtet. Morgen werde eine Besichtigung durch die Architekten erfolgen. Ab der nächsten Woche erfolge die Zusammenfügung der Elemente. Die Montage der neu hergestellten Gläser erwarte man für Anfang Februar. Dieser geänderte Bauablauf habe Auswirkungen auf das vorgesehene Kunstprojekt. Man gehe aber davon aus, dass das Kunstprojekt fristgerecht mit eingebunden werden kann.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **6.1.6. Informationen zum Energiebericht 2013**

In Bezug auf den Energiebericht 2013 reflektierte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass ein neues Basisjahr definiert wurde. Das Energiemanagement bringe viel Positives. Die gestellten Ziele habe man übertroffen. Im vorliegenden Energiebericht erfolge die Datenauswertung aus dem Jahr 2011. Es zeige sich, dass die Doppelstadt Dessau-Roßlau im Jahr 2011 400.000 € weniger für Energie ausgegeben habe, als die Stadt Dessau im Jahr 2003. Große Verschiebungen gebe es im Gebäudebestand. Trotz des Aufwuchses am Gebäudebestand durch die erfolgte Fusion von Roßlau und Dessau kam es zu einer absoluten Kostenreduzierung. Ohne das Energiemanagement würde man mehr als 1 Mio. € pro Jahr mehr für Strom und Heizung benötigen verzeichnen. Abschließend verteilte **Herr Bekierz** den Bericht an die Ausschussmitglieder.

An dieser Stelle bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um die ständige Berichterstattung im Ausschuss zum Thema Deichbau – Möster Höhen und Höhenzug Kühnau-Aken.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **6.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Herr Gebhardt, Fraktion der CDU**, hinterfragte in Bezug auf die Ostrandstraße, ob es richtig sei, dass im Bereich der künftigen Trassenführung Ostrandstraße erneut Gartenpachtverträge seitens der Stadt eingegangen werden (Bereich Dessau-Nord – Riekchen).

Dies sei ein Thema für den Kleingartenbeirat, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Man habe viele Jahre Elend dort erlebt, führte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, aus. An dieser Stelle liege sehr viel Handlungsbedarf an. Es sind viele Bürger der Stadt betroffen und noch zehntausende dieser Stadt im Verband der Gartenfreunde organisiert. Die soziale Zusammensetzung dieser Vereine schichte sich um. Es gebe das Problem der Organisation. Der Kleingartenbeirat habe eine wichtige Rolle inne.

Eine mögliche Trasse sei mit dem Stadtverband der Gartenfreunde frühzeitig abzustimmen, ergänze **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, und sollte Thema in der nächsten Ausschusssitzung sein.

Auf die Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, welche Terminstellung es zum Radverkehrskonzept gebe, informierte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass eine rechtzeitige Information erfolgen werde.

In Bezug auf die in der letzten Sitzung gestellten Anfrage von **Herrn Gebhardt** zur Situation in Kleutsch informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass die Landesbaubehörde nochmals schriftlich darauf hingewiesen wurde aber ein Termin noch nicht stattgefunden habe.

Der schriftliche Hinweis an die Landesbaubehörde sei Herrn Gebhardt zur Verfügung zu stellen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Über die nun bestehende Möglichkeit der fachlichen Mitarbeit der Ausschüsse in der Haushaltsdiskussion, informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Eine Behandlung erfolge voraussichtlich in der Sitzung am 26.02.2014. Weiterhin informierte er über den Sitzungsort im Februar. Es ist vorgesehen in der Orangerie des Georgiums zu tagen.

Ergänzend zur Thematik Haushaltsdiskussion fügte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, an, ein intensives Gespräch mit Frau Nussbeck geführt zu haben. Für eine qualitative Bewertung müsse der Haushalt in den Fachausschüssen beraten werden. Hier sei der politische Wille gefragt.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung schloss und Nichtöffentlichkeit herstellte.

## **9. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:45 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 22.01.2014

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Günther  
Schriftführerin